

ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT

**Neues
Kommunales
Haushaltsrecht LSA**

**Fachbuch
mit praktischen Übungen
und Lösungen**

5. vollständig überarbeitete Auflage

**von
Michael Grimberg**

**Horst Bernhardt
Klaus Mutschler
Christoph Stockel-Veltmann**

Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2016 by Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert (Nachdruck, Fotokopie oder ein anderes Verfahren) oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

Hinweise:

Der Ordnungsgeber hat einen Kontenrahmen vorgesehen, der zum Teil die Nummerierung der Kontengruppen bis zu einzelnen Unterkonten verbindlich vorschreibt. Der Kontenrahmenplan sieht zudem für Kontengruppen und Konten statistische und haushaltsrechtliche Kontierungsvorschläge vor, die in Klammern gesetzt sind. Diese Kontierungsvorschläge sind unverbindlich, werden aber vom Ordnungsgeber zur Anwendung empfohlen. Die Vergabe der Nummern für die einzelnen unverbindlichen Kontengruppen und Konten obliegt den Kommunen. In diesem Buch werden grundsätzlich auch die unverbindlichen Kontierungsvorschläge übernommen. In Einzelfällen werden zur Veranschaulichung von Sachverhalten auch Kontierungen vorgenommen, für die weder statistische noch haushaltsrechtliche Kontierungsvorschläge bestehen.

Bei den Funktionsbezeichnungen wird im Buchtext die männliche Form (z.B. Bürgermeister) verwendet. Dieses stellt keine Diskriminierung der weiblichen Funktionsträger dar, sondern soll lediglich der einfacheren Lesbarkeit dienen.

Vorwort

Die kommunale Finanzwirtschaft hat sich eines kameralen Haushalts- und Rechnungswesens bedient, das Ende der 60iger Jahre in den alten Bundesländern konzipiert, von den neuen Bundesländern übernommen wurde und in Sachsen-Anhalt in einem Übergangszeitraum bis einschließlich 2012 noch Anwendung fand. Dieses System genügt den Anforderungen großer Dienstleister, wie sie nun einmal Gemeinden und Gemeindeverbände sind, nicht mehr. Insofern ist mit Beginn des Haushaltsjahres 2006 ein Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen für die Kommunen in Sachsen-Anhalt in Kraft getreten, das auf der Basis eines kaufmännischen Rechnungswesens die Anforderungen einer effektiven Finanzsteuerung erfüllt.

Das vorliegende Buch berücksichtigt die zum 01. Juli 2014 in Kraft getretenen Rechtsnormen des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Mit dem Kommunalverfassungsgesetz wurden die Gemeindeordnung, die Landkreisordnung und das Verbandsgemeindengesetz des Landes aus Gründen der vereinfachten Handhabung in der Praxis und der Vorschriftenreduzierung zu einem einheitlichen Gesetz zusammengefasst. Bei den Produkt- und Kontenrahmenplänen zum neuen kommunalen Haushaltsrecht wurde der überarbeitete Stand vom 01. Januar 2015 zugrunde gelegt. Die zum 01. Januar 2016 in Kraft getretenen Rechtsvorschriften der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinden, Landkreise und Verbandsgemeinden im Land Sachsen-Anhalt nach den Grundätzen der doppelten Buchführung wurden berücksichtigt.

Insofern liegt ein Werk vor, das das gesamte neue Haushaltsrecht und Rechnungswesen abdeckt. Dabei beschränken sich die Darstellungen nicht auf die Buchungssystematik, sondern dokumentieren ausgehend von der Eröffnungsbilanz die komplette Haushaltsplanung, Haushaltsausführung und Rechnungslegung. Der besondere Praxisbezug wird durch die Vielzahl von Schaubildern und Beispielen sowie zu jedem Kapitel enthaltenen praktischen Übungen mit Musterlösungen erreicht. Insofern ist das Fachbuch vor allem für Studierende an den Hochschulen und Studieninstituten geeignet.

Gleichwohl richtet sich das Buch auch an die Praktiker in den Kommunalverwaltungen, die sich in das „Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen“ einarbeiten und dieses konkret umsetzen müssen. Durch die kritischen Würdigungen der haushaltsrechtlichen Regelungen, insbesondere in Bezug auf ihre praktische Anwendung, wird eine Weiterentwicklung der Materie unterstützt, was konkrete Verbesserungsvorschläge belegen. Nicht nur aus diesem Grunde kann das Buch auch für das Fachpersonal als Unterstützung seiner täglichen Arbeit in Form eines kommentarähnlichen Nachschlagewerkes dienen.

Halberstadt, Witten, Dortmund und Rheine, im Januar 2016

Die Verfasser

Zu den Verfassern

Dr. Michael Grimberg lehrt an der Hochschule Harz, Rechtsnachfolgerin der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Sachsen-Anhalt, am Fachbereich Verwaltungswissenschaften schwerpunktmäßig in den Fächern „Öffentliche Finanzwirtschaft“ und „Betriebswirtschaftslehre“.

Die Verfasser Klaus Mutschler und Christoph Stockel-Veltmann sind Dozenten an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW. Sie lehren schwerpunktmäßig in den Fächern „Kommunales Finanzmanagement“ und „Rechnungswesen“. Der Verfasser Horst Bernhardt lehrte bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2012 ebenfalls an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in den Fächern „Kommunales Finanzmanagement“, „Rechnungswesen“ sowie „Kosten- und Leistungsrechnung“.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Zu den Verfassern	IV
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XIX
1. Einführung	1
1.1 Öffentliche Finanzwirtschaft	1
1.1.1 Begriff	1
1.1.2 Innere Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft.....	1
1.2 Träger der öffentlichen Finanzwirtschaft	3
1.3 Finanzhoheit	4
1.3.1 Begriff und Bedeutung	4
1.3.2 Finanzhoheit der Gemeinden	4
1.4 Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft zur Privatwirtschaft	5
1.5 Aufgaben und Ziele der öffentlichen Finanzwirtschaft	7
1.5.1 Allgemein	7
1.5.2 Finanzpolitische Funktion.....	7
1.5.3 Politische Funktion.....	7
1.5.4 Wirtschaftspolitische Funktion	8
1.5.5 Betriebswirtschaftliche Funktion.....	9
2. Kommunales Haushaltsrecht	10
2.1 Haushaltswirtschaft	10
2.2 Verfassungsrechtliche Grundlagen und Haushaltsautonomie	11
2.3 Geschichtlicher Überblick	12
2.3.1 Bisherige Entwicklung.....	12
2.3.1.1 Entwicklung in Nordrhein-Westfalen	15
2.3.1.1 Entwicklung in Sachsen-Anhalt	16
2.3.2 Fortentwicklung des kommunalen Haushaltsrechts	17
2.3.2.1 Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF) in NRW	17
2.3.2.2 Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) in LSA.....	19
2.4 Öffentliches Haushaltsrecht im System und im Vergleich	22
2.4.1 Vergleich der einzelnen Ebenen	22
2.4.2 Stellung im System der Volkswirtschaft	22
2.4.3 Verhältnis zur Betriebswirtschaft	23
2.5 Staatliche Überwachung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft	24
3. Grundzüge der kaufmännischen (doppelten) Buchführung	26
3.1 Inhalt und Abgrenzung zu anderen Rechnungssystemen	26
3.2 Die kommunale Bilanz	31
3.2.1 Inventur als Datenermittlung für die Bilanz	31
3.2.2 Inhalt und Aufbau der kommunalen Bilanz	32
3.2.3 Bilanzveränderungen (Bestandsbuchungen)	33
3.3 Die Erfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)	39
3.4 Übungen	47

4.	Ablauf, Organisation und Personal im NKHR	64
4.1	Stationen der Haushaltswirtschaft und Haushaltskreislauf	64
4.2	Ausführung des Haushaltsplanes	65
4.3	Personal im Neuen Kommunalen Haushaltsrecht	70
4.3.1	Der Finanzdezernent	70
4.3.2	Kassenpersonal	71
4.3.3	Sonstige Mitarbeiter einschl. Beschäftigte im Neuen Kommunalen Haushaltsrecht	72
4.3.4	Rechnungsprüfungspersonal	72
4.4	Übungen	73
5.	Der Haushaltsplan	76
5.1	Begriff	76
5.2	Abgrenzung zu anderen Plänen und Rechnungen	77
5.2.1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan	77
5.2.2	Mittelfristige Planung und Haushaltsplan	78
5.2.3	Wirtschaftsplan und Haushaltsplan	79
5.2.4	Jahresabschluss und Haushaltsplan	80
5.3	Bedeutung des Haushaltsplanes	80
5.3.1	Allgemeines	80
5.3.2	Finanzwirtschaftliche Funktion	81
5.3.3	Administrative Lenkungsfunktion	81
5.3.4	Wirtschafts- und sozialpolitische Programmfunktion	82
5.4	Wirkung des Haushaltsplanes	83
5.4.1	Allgemeine Wirkung	83
5.4.2	Wirkung bezüglich der Aufwendungen und Auszahlungen	83
5.4.3	Wirkung bezüglich der Verpflichtungsermächtigungen	84
5.4.4	Wirkung bezüglich der Erträge und Einzahlungen	84
5.4.5	Bindung im Innenverhältnis	84
5.5	Übungen	85
6.	Gliederung des Haushalts nach Produktbereichen	87
6.1	Notwendigkeit einer Haushaltsgliederung	87
6.2	Anforderungen an die Gliederung eines Haushaltsplanes	88
6.2.1	Die Anforderungen der Bürger und der politischen Gremien	88
6.2.2	Die Anforderungen der Aufsichtsbehörden	89
6.2.3	Die Anforderungen der Finanzstatistik	89
6.2.4	Die Anforderungen der Verwaltung	90
6.3	Anknüpfungspunkte für eine Gliederung: Verwaltungsaufbau oder Aufgabenbereiche	91
6.4	Gliederungsvorschriften für den Haushalt im Neuen Kommunalen Haushaltsrecht	92
6.4.1	Der Sonderproduktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“	93
6.4.2	Gestaltungsfreiheit bei der Gliederung des Haushaltes	93
6.5	Praktische Umsetzung der Gliederung mit kaufmännischer Standardsoftware	95
6.6	Übung	96

7.	Die Elemente des Haushaltsplans	98
7.1	Ergebnisplan	99
7.2	Finanzplan.....	102
7.3	Übung.....	105
7.4	Teilpläne.....	108
7.4.1	Teilergebnisplan.....	111
7.4.2	Teilfinanzplan.....	113
7.4.3	Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	115
7.4.4	Teilergebnis- und Teilfinanzplan im Sonderproduktbereich 61 „Allgemeine Finanzwirtschaft“	116
7.4.5	Ziele.....	118
7.4.6	Kennzahlen und Indikatoren.....	122
7.4.7	Auszug aus dem Stellenplan	123
7.5	Übung.....	124
7.6	Stellenplan.....	127
8.	Die Anlagen zum Haushaltsplan	129
8.1	Einführung	129
8.2	Vorbericht.....	129
8.3	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen	131
8.4	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten / Rücklagen ...	131
8.5	Übersicht über Zuwendungen an Fraktionen	132
8.6	Haushalts- oder Wirtschaftspläne und neueste Jahresabschlüsse für Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden	132
8.7	Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse für Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit von nicht untergeordneter Bedeutung.....	133
8.8	Übersicht über Budgets	134
8.9	Haushaltskonsolidierungskonzept.....	134
8.10	Weitere Anlagen.....	134
8.11	Übung.....	135
9.	Grundsätze im Neuen Kommunalen Haushaltsrecht	136
9.1	Überblick und Einteilung	136
9.2	Allgemeine Haushaltsgrundsätze.....	137
9.2.1	Sicherung der Aufgabenerfüllung und Liquidität sowie Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und Konjunkturhaushalt	137
9.2.1.1	Stetige Aufgabenerfüllung	137
9.2.1.2	Sicherung der Liquidität und der Finanzierung von Investitionen	137
9.2.1.3	Verbot der Überschuldung.....	138
9.2.1.4	Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	139
9.2.1.5	Übung.....	140
9.2.2	Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit	141
9.2.2.1	Grundsatz.....	141
9.2.2.2	Übung.....	144
9.2.3	Haushaltsausgleich	145
9.2.4	Grundsätze der Finanzierung der kommunalen Produkte	146
9.2.4.1	Deckungsmittel der Haushaltswirtschaft.....	146
9.2.4.2	Verpflichtung zur Erhebung von Abgaben.....	147

9.2.4.3	Rangfolge der Deckungsmittel	147
9.2.4.4	Übung	151
9.2.5	Vorherigkeit	152
9.2.5.1	Grundsatz	152
9.2.5.2	Ausnahme: Vorläufige Haushaltsführung	153
9.2.5.3	Übungen	158
9.2.6	Öffentlichkeit	161
9.2.6.1	Grundsatz	161
9.2.6.2	Möglichkeiten der Beteiligung der Öffentlichkeit	161
9.2.6.3	Übung	163
9.3	Veranschlagungsgrundsätze	164
9.3.1	Allgemeines	164
9.3.2	Vollständigkeit und Einheit	165
9.3.2.1	Allgemeines	165
9.3.2.2	Vollständigkeit	166
9.3.2.3	Ausnahmen zur Vollständigkeit	170
9.3.2.4	Einheit	173
9.3.2.5	Ausnahmen zur Einheit	173
9.3.2.6	Übungen	174
9.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Finanzvorfälle	178
9.3.3.1	Einführung	178
9.3.3.2	Periodengerechte Zuordnung der Erträge und Aufwendungen im Ergebnisplan ...	178
9.3.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzplan	182
9.3.3.4	Übungen	184
9.3.4	Grundsätze der Verständlichkeit (Haushaltsklarheit), der Steuerungsrelevanz sowie der Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit)	187
9.3.4.1	Informationen zur Verständlichkeit (Haushaltsklarheit) und Steuerungs- relevanz der kommunalen Haushalte	187
9.3.4.2	Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit)	190
9.3.4.3	Übung	191
9.3.5	Bruttoprinzip (Saldierungsverbot)	192
9.3.5.1	Grundsatz	192
9.3.5.2	Ausnahmen zum Bruttoprinzip	193
9.3.5.3	Besonderheiten	194
9.3.5.4	Übungen	196
9.3.6	Einzelveranschlagung	200
9.3.6.1	Grundsatz	200
9.3.6.2	Ausnahmen	202
9.3.6.3	Übungen	204
9.4	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB-K)	205
9.4.1	Allgemeines	205
9.4.2	Ziele ordnungsmäßiger Buchführung (allgemeine Grundsätze ordnungs- mäßiger Buchführung)	206
9.4.2.1	Dokumentation	206
9.4.2.2	Rechenschaft	207
9.4.2.3	Kapitalerhaltung und intergenerative Gerechtigkeit	208
9.4.3	Spezielle Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	209
9.4.3.1	Vollständigkeit	209
9.4.3.2	Verständlichkeit, Richtigkeit und Willkürfreiheit	209
9.4.3.3	Öffentlichkeit	210

9.4.3.4	Aktualität	210
9.4.3.5	Relevanz	211
9.4.3.6	Stetigkeit.....	211
9.4.3.7	Recht- und Ordnungsmäßigkeit	211
9.4.3.8	Übungen.....	212
10.	Die kommunale Bilanz (Ansatz, Ausweis und Bewertung in den einzelnen Posten)	214
10.1	Inventur, Inventar	214
10.1.1	Begriff und Inhalt	214
10.1.2	Festwertbildung	216
10.1.3	Gruppenbewertung.....	218
10.1.4	Inventurverfahren	218
10.1.5	Übungen	220
10.2	Allgemeine Grundlagen der Bewertung im kommunalen Haushaltsrecht.....	223
10.2.1	Anschaffungs- und Herstellungskosten	223
10.2.1.1	Anschaffungskosten.....	223
10.2.1.2	Herstellungskosten	228
10.2.1.3	Übungen	231
10.2.2	Verhältnis zu anderen Bewertungszwecken	233
10.2.2.1	Steuerrecht	234
10.2.2.2	Gebührenrecht	234
10.2.2.3	Kosten- und Leistungsrechnung.....	235
10.2.3	Abgrenzung von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand.....	236
10.2.3.1	Erweiterung eines Vermögensgegenstandes.....	236
10.2.3.2	Über den ursprünglichen Zustand hinausgehende Wertverbesserung	237
10.2.3.3	Zusammentreffen von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwendungen	239
10.2.3.4	Übungen	241
10.2.4	Bilanzierungsgrundsätze	245
10.2.4.1	Bilanzidentität.....	245
10.2.4.2	Einzelbewertung	245
10.2.4.3	Vorsichtsprinzip	246
10.2.4.4	Periodisierungsprinzip.....	247
10.2.4.5	Stetigkeit der Bewertungsmethode.....	247
10.2.4.6	Vollständigkeit.....	248
10.2.4.7	Saldierungsverbot	248
10.3	Die Posten der kommunalen Bilanz	248
10.3.1	Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebes.....	249
10.3.2	Anlagevermögen	251
10.3.2.1	Begriffe, allgemeine Grundlagen	251
10.3.2.2	Immaterielles Anlagevermögen	255
10.3.2.3	Sachanlagevermögen	256
10.3.2.4	Finanzanlagen.....	269
10.3.3	Umlaufvermögen.....	275
10.3.3.1	Vorräte.....	276
10.3.3.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	277
10.3.3.3	Liquide Mittel.....	279
10.3.4	Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv)	279
10.3.5	Eigenkapital	280
10.3.5.1	Rücklagen	280
10.3.5.2	Sonderrücklagen.....	281

10.3.5.3	Fehlbetragsvortrag	282
10.3.5.4	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)	282
10.3.6	Sonderposten.....	283
10.3.6.1	Funktion und inhaltliche Grundlagen.....	283
10.3.6.2	Sonderpostenbildung für pauschalisierte Zuwendungen.....	285
10.3.6.3	Ansatz von investitionsbezogenen Zuwendungen und von Beiträgen	286
10.3.6.4	Sonderposten für Gebührenaussgleich	288
10.3.6.5	Sonstige Sonderposten.....	289
10.3.6.6	Übungen	291
10.3.7	Rückstellungen	292
10.3.7.1	Voraussetzungen der Rückstellungsbilanzierung	292
10.3.7.2	Pensionsrückstellungen.....	295
10.3.7.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Deponien und Sanierung von Altlasten	298
10.3.7.4	Instandhaltungsrückstellungen.....	298
10.3.7.5	Sonstige Rückstellungen	301
10.3.7.6	Übungen	301
10.3.8	Verbindlichkeiten	302
10.3.8.1	Anleihen	303
10.3.8.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen.....	304
10.3.8.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	304
10.3.8.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	305
10.3.8.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.....	306
10.3.8.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	306
10.3.8.7	Sonstige Verbindlichkeiten	306
10.3.9	Rechnungsabgrenzungsposten (passiv).....	306
10.3.10	Übungen zum Bilanzausweis	307
11.	Grundzüge der Eröffnungsbilanz	310
11.1	Rahmenvorschriften für die Eröffnungsbilanz	310
11.2	Allgemeiner Bewertungsmaßstab und Vereinfachungsverfahren	312
11.3	Vorgehensweise bei der Eröffnungsbilanzierung für Aktivposten.....	315
11.3.1	Immaterielles Vermögen	316
11.3.2	Grundstücksbewertung	317
11.3.2.1	Unbebaute Grundstücke	317
11.3.2.2	Bebaute kommunalnutzungsorientierte Grundstücke.....	318
11.3.2.3	Bebaute nicht kommunalnutzungsorientierte Grundstücke.....	322
11.3.2.4	Grundstücksgleiche Rechte	322
11.3.2.5	Infrastrukturvermögen.....	322
11.3.2.6	Bewertungsübersicht Grund und Boden nach einzelnen Vermögensarten	325
11.3.2.7	Bauten auf fremden Grund und Boden.....	326
11.3.2.8	Kulturdenkmäler.....	326
11.3.3	Bewertung der beweglichen Vermögensarten.....	327
11.3.3.1	Kunstgegenstände	327
11.3.3.2	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge, Betriebsvorrichtungen	327
11.3.3.3	Betriebs- und Geschäftsausstattung.....	327
11.3.4	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	328
11.3.5	Finanzanlagevermögen	328
11.3.6	Umlaufvermögen.....	330

11.3.7	Aktive Rechnungsabgrenzung	331
11.3.8	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	331
11.4	Vorgehensweise bei der Eröffnungsbilanzierung für Passiva	332
11.4.1	Eigenkapital	332
11.4.2	Sonderposten.....	332
11.4.3	Rückstellungen	332
11.4.4	Verbindlichkeiten	334
11.4.5	Passive Rechnungsabgrenzung	335
11.5	Verfahrensvorschriften für die Eröffnungsbilanz	335
11.5.1	Prüfung	335
11.5.2	Feststellung.....	336
11.5.3	Beschluss	336
11.5.4	Aufbewahrung	336
11.6	Übung.....	337
12.	Die Ergebnisrechnung - Grundlagen und Einzelpositionen	338
12.1	Übersicht über die Erfolgs- und Finanzrechnungskonten (Kontenklassen 4, 5, 6 und 7).....	338
12.2	Die Konten der Ergebnisrechnung (Kontenklassen 4 und 5)	339
12.2.1	Steuern und ähnliche Abgaben (Kontenbereich 40).....	339
12.2.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Kontenbereich 41).....	343
12.2.3	Sonstige Transfererträge (Kontenbereich 42)	349
12.2.4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Kontenbereich 43)	349
12.2.5	Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Kontenbereich 44).....	350
12.2.6	Sonstige ordentliche Erträge (Kontenbereich 45)	351
12.2.7	Finanzerträge (Kontenbereich 46)	352
12.2.8	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen (Kontenbereich 47)	352
12.2.9	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (Kontenbereich 48).....	353
12.2.10	Außerordentliche Erträge (Kontenbereich 49)	354
12.2.11	Personalaufwendungen (Kontenbereich 50).....	355
12.2.12	Versorgungsaufwendungen (Kontenbereich 51)	356
12.2.13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontenbereich 52)	357
12.2.14	Transferaufwendungen (Kontenbereich 53).....	359
12.2.15	Sonstige ordentliche Aufwendungen (Kontenbereich 54)	360
12.2.16	Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Kontenbereich 55)	361
12.2.17	Bilanzielle Abschreibungen (Kontenbereich 57).....	361
12.2.18	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Kontenbereich 58)	364
12.2.19	Außerordentliche Aufwendungen (Kontenbereich 59).....	365
12.3	Übungen.....	365
13.	Die Finanzrechnung - Grundlagen und Einzelpositionen	373
13.1	Die Ermittlung der Finanzrechnung	373
13.2	Übung.....	380
13.3	Originäre Buchung der Finanzrechnung in den Kontenklassen 6 und 7	382
13.4	Zusammenfassung: Systematische Behandlung der Abweichungen von Finanz- und Ergebnisrechnung bei originärer Buchung der Finanzrechnung	384
13.5	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Kontenbereich 68)	385
13.6	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontenbereich 69)	386
13.7	Versorgungsauszahlungen (Kontenbereich 71)	388

13.8	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Kontenbereich 78).....	388
13.9	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontenbereich 79)	390
13.10	Die Erfüllung der finanzstatistischen Anforderungen mit Hilfe der Konten der Finanzrechnung.....	391
13.11	Übungen.....	392
14.	Die Bewirtschaftungsgrundsätze.....	397
14.1	Allgemeines.....	397
14.2	Bewirtschaftungsformen	397
14.2.1	Gesamtdeckung.....	397
14.2.2	Budgetierung.....	400
14.3	Bewirtschaftungsregeln.....	403
14.3.1	Unechte Deckungsfähigkeit.....	403
14.3.2	Echte Deckungsfähigkeit.....	405
14.3.3	Übertragbarkeit von Haushaltsermächtigungen.....	409
14.3.3.1	Allgemeines.....	409
14.3.3.2	Die einzelnen Ermächtigungsübertragungen	413
14.3.3.3	Auswirkungen auf den Jahresabschluss.....	415
14.4	Übungen.....	416
15.	Verpflichtungsermächtigungen	419
15.1	Begriff und Verfahren.....	419
15.2	Umfang und zeitliche Beschränkung der Verpflichtungsermächtigungen	421
15.3	Veranschlagung der Verpflichtungsermächtigungen.....	422
15.4	Übungen.....	423
16.	Fremdfinanzierung des kommunalen Haushalts und Haftungsverhältnisse: Kredite, kreditähnliche Verbindlichkeiten und Bürgschaften	428
16.1	Begriffsbestimmungen.....	428
16.1.1	Fremdkapital.....	428
16.1.2	Schulden.....	429
16.1.3	Verbindlichkeiten	429
16.1.4	Kredite	430
16.1.4.1	Kredite für Investitionen	431
16.1.4.2	Anleihen	433
16.1.4.3	Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit.....	433
16.1.5	Kreditähnliche Verbindlichkeiten.....	434
16.1.6	Innere Darlehen	435
16.1.7	Haftungsverhältnisse.....	435
16.1.8	Zusammenfassende Darstellung der Begriffe der Fremdfinanzierung	436
16.2	Fremdfinanzierung durch Kredite	436
16.2.1	Kriterien für die Einteilung von Krediten	436
16.2.1.1	Rechtliche Ausgestaltung der Kredite.....	437
16.2.1.2	Laufzeit der Kredite	438
16.2.1.3	Tilgung der Kredite.....	438
16.2.1.4	Kreditgeber.....	440
16.2.2	Voraussetzungen der Kreditaufnahme	440
16.2.2.1	Allgemeines.....	440
16.2.2.2	Beachtung des Subsidiaritätsprinzips.....	441
16.2.2.3	Vorliegen einer Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung.....	442

16.2.2.4	Einhaltung des Verbots der bilanziellen Überschuldung	443
16.2.2.5	Bewahrung der dauernden Leistungsfähigkeit	444
16.2.2.6	Beachtung gemeindegewirtschaftlicher Belange	446
16.2.2.7	Beachtung gesamtwirtschaftlicher Belange	446
16.2.2.8	Gesamtbetragsgenehmigung der Kreditaufnahme	447
16.2.2.9	Zuständigkeit für die tatsächliche Kreditaufnahme	447
16.2.2.10	Auswahl der Kreditangebote unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit	448
16.2.2.11	Evtl. Einzelgenehmigung	448
16.2.2.12	Einhaltung der Formvorschriften bei der Kreditaufnahme	449
16.2.3	Ausgestaltung von Krediten (Kreditbedingungen)	449
16.2.3.1	Allgemeines	449
16.2.3.2	Zinssatz	449
16.2.3.3	Auszahlung	450
16.2.3.4	Laufzeit und Tilgung	450
16.2.3.5	Kündigungsrechte	451
16.2.3.6	Abtretung der Forderung	451
16.2.3.7	Sicherheiten	452
16.2.4	Abwicklung der Kreditaufnahme im Haushalt	452
16.2.4.1	Veranschlagung der Kredite und der daraus resultierenden Aufwendungen und Auszahlungen	452
16.2.4.2	Umschuldung	454
16.2.4.3	Dauer der Kreditermächtigung	455
16.2.5	Übungen	455
16.3	Kreditähnliche Verbindlichkeiten	464
16.3.1	Bedeutung kreditähnlicher Geschäfte	464
16.3.2	Voraussetzungen zum Eingehen von kreditähnlichen Geschäften und Genehmigungspflicht	464
16.3.3	Ausgestaltung kreditähnlicher Geschäfte	465
16.3.4	Verbindung zum Haushaltsplan	465
16.3.5	Übung	466
16.4	Haftungsverhältnisse: Sicherheitsleistungen, Bürgschaften und Gewährverträge ..	468
16.4.1	Sicherheitsleistungen	468
16.4.2	Bürgschaften und Gewährverträge	468
16.4.2.1	Allgemeines	468
16.4.2.2	Voraussetzungen	469
16.4.2.3	Ausgestaltung von Bürgschaften, Gewährverträgen und anderen Haftungsverhältnissen	469
16.4.2.4	Verbindung zum Haushalt	471
16.4.2.5	Übung	471
17.	Der Haushaltsausgleich	473
17.1	Bedeutung und Zielsetzung	473
17.2	Ausgleich des Ergebnisplans und der Ergebnisrechnung (Haushaltsausgleich i.e.S.)	475
17.3	Verbot der bilanziellen Überschuldung	476
17.4	Haushaltsjahresübergreifender Ausgleich	477
17.5	Rechtsfolgen unausgeglichener Haushalte	478
17.5.1	Inanspruchnahme der Rücklagen	478
17.5.2	Eintreten oder Drohen einer Überschuldung	479
17.6	Exkurs: Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit	479

18.	Die Haushaltssatzung	481
18.1	Rechtsnatur und Bedeutung der Haushaltssatzung	481
18.1.1	Gemeindliches Satzungsrecht.....	481
18.1.2	Haushaltssatzung als besondere Satzung.....	481
18.2	Inhalt der Haushaltssatzung	483
18.2.1	Rechtliche Grundlagen	483
18.2.2	Pflichtinhalte der Haushaltssatzung (§ 100 Abs. 2 KVG)	483
18.2.2.1	Festsetzung des Haushaltsplanes	483
18.2.2.2	Festsetzung der Kreditermächtigung für Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen	484
18.2.2.3	Festsetzung des Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen	485
18.2.2.4	Festsetzung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite	486
18.2.2.5	Festsetzung der Realsteuerhebesätze	486
18.2.3	Freiwillige Inhalte der Haushaltssatzung	488
18.3	Zustandekommen der Haushaltssatzung	489
18.3.1	Überblick	489
18.3.2	Vorverfahren.....	490
18.3.3	Aufstellung des Entwurfs der Haushaltssatzung	490
18.3.4	Beteiligung der Fachausschüsse	491
18.3.5	Beteiligung des Finanz- und Hauptausschusses.....	491
18.3.6	Beschlussfassung durch den Rat	491
18.3.7	Vorlage bei der Aufsichtsbehörde	491
18.3.8	Bekanntmachung der Haushaltssatzung.....	492
18.4	Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Aufsichtsbehörde.....	492
18.4.1	Grundsatz.....	493
18.4.2	Genehmigung des Gesamtbetrages der Kredite	494
18.4.3	Genehmigung des Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen.....	496
18.4.4	Genehmigung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite	496
18.5	Übungen	497
19.	Die Ausführung des Haushaltes	500
19.1	Erhebung der Einzahlungen	500
19.1.1	Rechtzeitige Einziehung der Einzahlungen.....	500
19.1.2	Kleinbeträge.....	500
19.1.3	Rundungen	502
19.1.4	Übung.....	503
19.2	Zuweisung von Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen sowie deren Bewirtschaftung und Überwachung.....	505
19.2.1	Zuweisung von Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen	505
19.2.2	Bewirtschaftung der Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen	506
19.2.2.1	Grundsätze für den Gesamthaushalt	506
19.2.2.2	Besondere Grundsätze für Investitionen	508
19.2.3	Überwachung der Haushaltsermächtigungen.....	509
19.2.4	Übungen	510
19.3	Haushaltswirtschaftliche Sperre u. Unterrichtungspflichten gegenüber dem Rat... 518	
19.3.1	Haushaltswirtschaftliche Sperre	518
19.3.2	Berichtspflichten gegenüber dem Rat	519
19.4	Stundung, Niederschlagung und Erlass	521
19.4.1	Generelle Begriffsabgrenzungen	521

19.4.2	Rechtsgrundlagen	521
19.4.3	Stundung.....	522
19.4.3.1	Voraussetzungen	522
19.4.3.2	Verzinsung der gestundeten Forderungen	523
19.4.3.3	Bewilligungsverfahren.....	523
19.4.3.4	Exkurs: Aussetzung der Vollziehung	524
19.4.4	Niederschlagung.....	525
19.4.4.1	Voraussetzung für eine Niederschlagung (Einzelwertberichtigung).....	525
19.4.4.2	Arten der Niederschlagungen (Einzelwertberichtigung)	526
19.4.4.3	Praktisches Verfahren bei einer Niederschlagung (Einzelwertberichtigung).....	527
19.4.4.4	Pauschalwertberichtigung	527
19.4.4.5	Erlass	528
19.4.5.1	Voraussetzungen	528
19.4.5.2	Praktisches Verfahren	529
19.4.6	Beispiel einer Dienstanweisung	529
19.4.7	Übungen.....	534
19.5	Auftragsvergaben	538
19.5.1	Verfahren und Voraussetzungen	538
19.5.2	Übungen	543
19.6	Bewegliche Haushaltsführung	544
19.6.1	Einführung	544
19.6.2	Begriff der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen.....	545
19.6.3	Verhältnis zur Nachtragssatzung und zu anderen Bereitstellungsmöglichkeiten für Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen	548
19.6.4	Bewilligung von über- u. außerplanmäßigen Aufwendungen u. Auszahlungen ...	550
19.6.4.1	Ermittlung der Höhe der benötigten zusätzlichen Ermächtigung	550
19.6.4.2	Voraussetzungen für die Bewilligung	551
19.6.4.3	Entscheidungsgremien.....	556
19.6.4.4	Praktisches Beantragungs- und Bewilligungsverfahren.....	558
19.6.5	Deckung von überplanmäßigen Auszahlungen im folgenden Haushaltsjahr	559
19.6.6	Exkurs: Praxisgerechtes Gesamtprüfungsverfahren für die Bereitstellung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.....	564
19.6.7	Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	565
19.6.8	Übungen	567
20.	Vermögenswirtschaft und Anlagebuchhaltung	578
20.1	Struktur des kommunalen Vermögens	578
20.2	Sondervermögen, Treuhandvermögen und rechtlich selbstständige örtliche Stiftungen.....	580
20.2.1	Inhaltliche Abgrenzung.....	580
20.2.2	Kommunalgliedervermögen	580
20.2.3	Vermögen der rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen.....	581
20.2.4	Eigenbetriebe	582
20.2.5	Rechtlich unselbstständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen	582
20.2.6	Treuhandvermögen und rechtlich selbstständige örtliche Stiftungen	583
20.2.7	Zusammenfassung.....	583
20.3	Erwerb und Veräußerung von Vermögen	585
20.3.1	Abbildung im Rechnungswesen.....	585
20.3.2	Erwerb von Vermögen	585
20.3.3	Veräußerung von Vermögen	586
20.3.4	Übungen.....	590

20.4	Bewirtschaftung von Vermögen.....	593
20.4.1	Grundsätze der Vermögensbewirtschaftung.....	593
20.4.2	Anlagenbuchhaltung	594
20.4.3	Geschäftsvorfälle in einer Anlagenbuchhaltung	597
20.4.4	Übungen	599
20.5	Kapitalanlagen und Liquiditätsmanagement	602
20.6	Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden.....	605
20.6.1	Allgemeines	605
20.6.2	Formen der wirtschaftlichen Betätigung	605
20.6.3	Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Betätigung.....	607
20.6.4	Sonstige Regelungen über wirtschaftliche Betätigungen	608
20.6.5	Übungen	609
21.	Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan	611
21.1	Notwendigkeit der Nachtragshaushaltssatzung.....	611
21.2	Pflicht zum Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung	611
21.2.1	Überblick	611
21.2.2	Änderung eines Paragraphen der Haushaltssatzung	612
21.2.3	Pflichten nach § 103 Abs. 2 KVG	613
21.2.4	Änderung von Haushaltsvermerken und Budgets	618
21.2.5	Änderung von Zielen und Kennzahlen	618
21.2.6	Erhöhung des Ansatzes für Verfügungsmittel	619
21.3	Inhalt des Nachtragshaushaltsplanes	619
21.4	Zustandekommen der Nachtragshaushaltssatzung	623
21.5	Übungen	625
22.	Der Jahresabschluss	631
22.1	Gestaltung des Jahresabschlusses	631
22.2	Die einzelnen Elemente des Jahresabschlusses	632
22.2.1	Ergebnisrechnung	632
22.2.2	Teilergebnisrechnungen	636
22.2.3	Finanzrechnung.....	637
22.2.4	Teilfinanzrechnungen.....	637
22.2.5	Vermögensrechnung (Bilanz)	638
22.2.6	Anhang.....	638
22.2.7	Anlagenübersicht	640
22.2.8	Forderungsübersicht	640
22.2.9	Verbindlichkeitenübersicht	641
22.2.10	Rechenschaftsbericht	641
22.3	Aufstellung, Prüfung und Entlastung beim Jahresabschluss	642
22.4	Übertragung von Ermächtigungen.....	645
	Stichwortverzeichnis	646